

Bürgerinitiative prüft jetzt selbst

LÄRMSCHUTZ K 80 Prüfauftrag schmort seit zehn Monaten in der Schublade der Verwaltung

Von Susanne Tamm

Glinde. Zehn Monate ist es her, dass die Gliner Politik sich mit dem fehlenden Lärmschutz an der K 80 beschäftigt hat. Am 23. April 2015 baten die Stadtvertreter die Verwaltung zu prüfen, ob auf der Kreisstraße der Lärmpegel durch Tempolimit oder durch Flüsterasphalt reduziert werden könnte. Dagmar Coordts, eine Sprecherin der Bürgerinitiative (BI) aus Anwohnern, die sich seit Jahren für einen Lärmschutz an ihren Grundstücken direkt an der K 80 einsetzt, bat außerdem darum, mögliche Förderprogramme zu prüfen. Die Fraktionen wollten das Thema ebenfalls erneut beraten (wir berichteten).

Seitdem ist aber nichts passiert, wie Coordts beklagt. „Ich halte es für nicht akzeptabel, dass Vorschläge gemacht werden und diese dann monatelang unerledigt in der Schublade schmoren“, kritisiert sie. Bürgermeister Rainhard Zug bestätigte gestern, dass in Sachen K 80 noch nichts passiert sei: „Derzeit stehen andere Themen auf der Agenda. Wenn wir das Gleisdreieck und das Golfhotel auf die richtige Bahn gebracht haben, ist die K 80 wieder dran.“



Dagmar und Jürgen Coordts stehen auf der Bummereibrücke. Im Hintergrund ist der wachsende Verkehr auf der K 80 zu sehen sowie der Zaun, der zunehmend verfällt.

Foto: Tamm

Also hat Dagmar Coordts die Dinge kurzerhand selbst in die Hand genommen. Sie kann sich einen Seitenhieb nicht verkneifen: „Auch wenn es für die Stadtverwaltung eine unlösbare Aufgabe war, für unsere Bürgerinitiative war es die einfachste Sache der Welt.“

Erfahren hat sie beispielsweise aus der Kreisverwaltung, beim Fachdienst Planung und Verkehr, dass zwar kein

Ausbau der K 80 geplant sei, wohl aber mittelfristig die Decke der 35 Jahre alten Fahrbahn erneuert werden soll. „Es wäre ratsam, dass Glinde sich rechtzeitig mit dem Kreis wegen des Flüsterasphalts in Verbindung setzt“, stellt Coordts fest. Was unter „mittelfristig“ zu verstehen ist, war gestern vom zuständigen Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr nicht mehr zu erfah-

ren. Zur Reduzierung der Geschwindigkeit auf der K 80 erfuhr sie von der zuständigen Verkehrsaufsicht der Stadt Reinbek, dass die daran kein Interesse habe: Verkehrsrechtliche Maßnahmen seien kein Ersatz für technisch möglichen baulichen Lärmschutz, der aber nicht in der Zuständigkeit der Stadt Reinbek liege. Damit hatte Coordts auch nicht gerechnet, doch fühlt

sich für eine Lärmschutzwand auch weder die Stadt Glinde, noch der Kreis Stormarn zuständig.

Ein Fachbüro hatte die Kosten für einen adäquaten Lärmschutz mit mindestens 1,3 Millionen Euro kalkuliert. Nach Ansicht der Verwaltung wäre der Lärmschutz rechtlich eine freiwillige Leistung der Stadt. Deshalb müssten die Anwohner 90 Prozent der Kosten tragen – das aber wären bis zu 152 000 Euro pro Betroffenen.

Zusätzlich suchte die Glinerin drei ihrer Ansicht nach geeignete Förderprogramme heraus und wandte sich damit an das Verkehrsministerium in Kiel. Dort erhielt sie zwar eine negative Antwort für ihre Vorschläge, die auch ans Gliner Rathaus ging. Doch Dagmar Coordts gibt nicht auf: „Ich denke beim Programm ‚Impuls 2030‘, für das in ganz Schleswig-Holstein 84 Millionen Euro für Maßnahmen der Infrastruktur zwischen 2018 und 2030 aufgelegt werden, darunter ausdrücklich auch für Lärmschutz, hätten wir eine Chance. Nur dafür müsste auch jemand mit den Organisatoren sprechen.“ Die BI will sich nun verstärkt an die Politik, unter anderem an den Landtagsabgeordneten Martin Habersaat (SPD) wenden.